

Inhalt

Vorwort 7

Zwei Tage im Juni 9

Berlin, Baustelle Krankenhaus

Friedrichshain 9

Berlin, Haus der Ministerien 10

Berlin-Karlshorst 12

Moskau 15

Der Weg in die Krise 17

Ulbrichts »Aufbau des Sozialismus« 17

»Verschärfter Klassenkampf« 18

Kampf gegen die »Junge Gemeinde« 22

Front im Kalten Krieg 26

»Feindliche Agentennester« 26

Propaganda und Sabotage 27

Das »Ostbüro« der SPD 29

Nachrichten für die Ostzone: der RIAS 33

Der Stein kommt ins Rollen 36

»Mehr produzieren, dann besser leben«:

Technisch begründete Arbeitsnormen 36

Der »Neue Kurs« 36

Revolte gegen Ulbricht 43

Dampferfahrt mit Folgen 46

Vom Streik zum Aufstand 47

Die Front formiert sich 47

Die Stunde des RIAS 51

SED unter Schock 53

Der 17. Juni: Eine Stadt im Ausnahmezustand 55

Berlin – offene Stadt 63

Sowjetische Panzer 66

Verhängung des Kriegsrechts 71

Die DDR in Aufruhr:

Zentren des Aufstands 78

Görlitz: Machtwechsel für einen halben Tag 78

Halle: Sturm auf den »Roten Ochsen« 84

Bitterfeld: Das Streikkomitee erobert die Macht 92

Leuna/Buna: »Brüder, zur Sonne, zur Freiheit« 96

Magdeburg: Gewalt und Gegengewalt 98

Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt 106

Das Dorf 111

Es herrscht wieder Ruhe im Land 118

Der »Tag X« 118

Prozesse gegen »Agenten« und »Rädelsführer« 120

Machtkampf in SED und Kreml 130

Verschärfte Repression 137

»Wir begrüßen die energischen Maßnahmen ...« – Ergebnisadressen 142

Die Reaktion des Westens 147

Großbritannien: Churchills Sonderweg 147

USA: Verhinderung des Dritten Weltkriegs 149

Bonn: Ein Tag der deutschen Einheit 151

Was war der 17. Juni? 154

Anhang 157

Anmerkungen 157

Literatur 162

Archive 167

Bildnachweis 167

Der Autor 167

Personenregister 168

Vorwort

Der 17. Juni 1953 war ein entscheidendes Ereignis in der Geschichte der DDR und beeinflusste deren weitere Entwicklung nachhaltig. Aus einem Streik Berliner Bauarbeiter gegen Normerhöhungen entwickelte sich innerhalb weniger Stunden eine Aufstandsbewegung, die nahezu die gesamte DDR erfasste und die SED-Herrschaft ins Wanken brachte. Auf dem Höhepunkt des Geschehens waren mehr als eine Million Menschen auf den Straßen, um soziale Verbesserungen und politische Freiheiten zu fordern. Gefängnisse und Parteibüros wurden gestürmt; an einigen Orten bildeten die Aufständischen bereits neue Stadtregierungen. Nur durch das militärische Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht konnten sich die SED und Walter Ulbricht an der Macht halten.

Die politische und wirtschaftliche Lage in der DDR hatte sich dramatisch zuspitzt, seit Ulbricht im Juli 1952 den »beschleunigten Aufbau des Sozialismus« verkündet hatte. Der 17. Juni bildete den Höhepunkt dieser Krise, deren prominentestes Opfer Ulbricht selbst zu werden schien. Doch es kam anders, nicht zuletzt wegen der internationalen politischen Lage.

Neben einer ausführlichen Schilderung der Ereignisse versucht dieses Buch, die verschiedenen Akteure und politischen Ebenen

zu beleuchten, die Entstehung und Verlauf der ersten Volkserhebung im sowjetischen Herrschaftsbereich beeinflussten. Dabei ist nach dem Charakter des 17. Juni ebenso zu fragen wie nach den Folgen für die politischen Verhältnisse in der DDR.

Bei meiner Arbeit an diesem Projekt habe ich vielfältige Unterstützung erhalten. Zu danken habe ich den Mitarbeitern der genutzten Archive, die mir bei der Beschaffung einschlägigen Quellenmaterials halfen. Des weiteren danke ich namentlich Ernst Kretzschmar (Görlitz) und Hermann Hunger (Frankfurt a. M.) für die Vermittlung des Kontakts zu zahlreichen Zeitzeugen. Den Gesprächen mit Michael W. Wolff, Peter Strunk und Gerhard Weiduschat verdanke ich viele nützliche Anregungen und Hinweise.

Gabriele Dietz hat als Lektorin den Fortgang der Arbeit mit großer Kompetenz und unermüdlichem Engagement begleitet.

Mein besonderer Dank für eine fruchtbare Zusammenarbeit gilt Hans von Brescius vom Sender Freies Berlin sowie Artem Demenok, Andreas Christoph Schmidt und Sergej Michounine von ConCord-Fernsehfilm, Berlin. Insbesondere mehrere Zeitzeugen-Interviews wurden mir von ihnen freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

Thomas Flemming
November 2002

Zwei Tage im Juni

Es war ein Feiertag für die einen und ein Arbeitstag für die anderen. Wobei diejenigen, die am 17. Juni 1953 in der DDR demonstriert hatten, immer arbeiten mussten, während die anderen, die aus sicherer Ferne zugesehen hatten, frei bekamen und gedenken durften oder ins Grüne fuhren.

Berlin, Baustelle Krankenhaus Friedrichshain

Ein Demonstrationszug von mehreren hundert Menschen bewegt sich am Vormittag des 16. Juni 1953 auf der Straße Unter den Linden in Richtung Brandenburger Tor. Es sind Bauarbeiter von der Ost-Berliner Stalinallee und dem Krankenhaus Friedrichs-

hain, die in lockeren Zehnerreihen die gesamte Breite des Prachtboulevards einnehmen.

In ihren Gesichtern spiegelt sich eine ruhige Entschlossenheit, keinerlei Zeichen von Angst oder Fanatismus. Auf einem eilig gemalten Transparent ihre Forderung: »Normensenkung«. Auch in Sprechchören wird immer wieder die Rücknahme der von der SED-Führung drei Wochen zuvor verfügten Normerhöhungen verlangt. Doch schon bald kommt ein anderer Ton dazu: »Kollegen reiht euch ein, wir wollen freie Menschen sein!«

Das Maß ist voll: Am Morgen des 16. Juni ziehen Ost-Berliner Bauarbeiter zum Sitz der DDR-Regierung, um die Senkung der Arbeitsnormen zu erzwingen.



DDR-Regierungschef Otto Grotewohl wird kurz nach 10 Uhr ein alarmierender Zettel auf den Schreibtisch gelegt: »Der Demonstrationzug der Bauarbeiter befindet sich gegenwärtig Unter den Linden und bewegt sich in Richtung Leipziger Straße auf die zentralen Regierungsgebäude zu. Die Sprechchöre sind ... aggressiver geworden. Es sollen Einzelrufe laut geworden sein wie: Nieder mit der Arbeiterregierung!«¹ Vielen SED-Leuten fährt an diesem Vormittag ein gehöriger Schreck durch die Glieder. Arbeiter gegen die Arbeiterregierung – das passt so gar nicht in ihr fest gefügtes Weltbild, in dem der Feind im Westen steht, angeführt von Monopolkapital und »imperialistischen Kriegstreibern«.

Kurz vor dem Brandenburger Tor biegt der Demonstrationzug ab in Richtung Haus der Ministerien, dem Sitz der DDR-Regierung. Die dort postierten Volkspolizisten ziehen sich angesichts der herannahenden Menge – sie ist mittlerweile auf 4000 Menschen angewachsen – in den Hof des riesigen Gebäudekomplexes zurück und lassen die Gitter herunter. Die Regierung des »Arbeiter- und Bauernstaates« DDR hat sich vor den Bauarbeitern hinter Eisentoren und Mauern verschanzt. Aus mehreren Fenstern des düsteren Baus – einst das Reichsluftfahrtministerium – werfen Regierungsmitarbeiter ängstlich-misstrauische Blicke auf die demonstrierenden Arbeiter.

Diese lassen sich durch Polizei und Sperrgitter nicht abweisen, sondern machen ihrem angestauten Unmut immer wütender Luft. Sie wollen mit der Regierung sprechen und verlangen, dass Ulbricht und Grotewohl zu ihnen herauskommen. Beide sind aber nicht am Ort des Geschehens, sondern in einer Sitzung des Politbüros einige Straßen entfernt.

Inzwischen hat sich die Stimmung vor dem Regierungsgebäude weiter aufgeheizt. Aufgebrachte Bauarbeiter fordern jetzt offen den »Rücktritt der Regierung«.

Gegen 13 Uhr endlich ermannt sich Industrieminister Fritz Selbmann (SED) und geht zu den Demonstranten hinaus. Von einem irgendwoher organisierten Tisch herunter versucht er die Menge zu beruhigen: »Ich bin auch Arbeiter. (...) Wir sind eure Regierung, keine Kapitalisten wie im Westen ...«², setzt er an, doch seine Worte gehen im Johlen und Pfeifen unter. Schließlich springt ein junger Bauarbeiter auf den Tisch und stößt den Minister zur Seite. »Du bist kein Arbeiter. Was du hier erzählst, interessiert uns nicht.« Die Forderungen, die jetzt in einer Atmosphäre wachsender Erregung gestellt werden, gehen weit über die nach Rücknahme der Normerhöhung hinaus: »Weg mit der Regierung«, ruft jemand. Andere springen auf den Tisch: »Wir wollen freie Wahlen! Wir wollen Freiheit!« Die Menge antwortet mit lautem Jubel.³ Die Volkspolizei hinter den Absperrgittern sieht dem unerhörten Geschehen tatenlos zu.

Noch eine halbe Stunde warten die Demonstranten auf Ulbricht und Grotewohl, dann zieht die Mehrheit zurück zur Stalinallee. »Wir kommen wieder«, rufen sie und drohen lautstark mit Generalstreik, sollten Ulbricht und Grotewohl sich auch am nächsten Tag nicht zu ihnen heraustrauen.

Berlin, Haus der Ministerien

»Wir kommen wieder!« – diese Drohung machen die Arbeiter am nächsten Morgen wahr. Gegen 10 Uhr sind vor dem Haus der Ministerien in der Leipziger Straße mehr als 8000 Menschen versammelt. Ständig bekommen sie Zulauf aus allen Teilen Ost-

Dieses Schreiben bringt den Stein ins Rollen: Arbeiter von der Baustelle Krankenhaus Berlin-Friedrichshain fordern in einer Resolution am 15. Juni von Ministerpräsident Grotewohl die Rücknahme der Normerhöhung.

VEB-Industriebau
Baustelle: Bettenhaus-Friedrichshain

Berlin, den 18. Juni 1953
Leninallee 171
Tel. 77.02.61 App. 446

Wir Kollegen der Grossbaustelle des Krankenhauses Friedrichshain vom VEB, Industriebau wenden uns an Sie, Herr Ministerpräsident, mit der Bitte, von unseren Sorgen Kenntnis zu nehmen.

Unsere Belegschaft ist der Meinung, dass die 10 %ige Normenerhöhung für uns eine grosse Härte ist. Wir fordern, dass von dieser Normenerhöhung auf unserer Baustelle Abstand genommen wird.

Wir haben aus dem Ministerrats-Beschluss zur Kenntnis genommen, dass alle republikflüchtigen Grossbauern und Gewerbetreibenden ihr Eigentum zurückerhalten werden, so dass wir Werktätigen demzufolge unsere Normen, wie sie vorher bestanden, beibehalten wollen.

In Anbetracht der sehr erregten Stimmung der gesamten Belegschaft fordern wir, zu diesen schwerwiegenden Punkten unverzüglich befriedigend Stellung zu nehmen und erwarten Ihre Stellungnahme bis spätestens morgen Mittag.

Für die Belegschaft der Baustelle :

An den
Herrn Minister-Präsidenten
Otto G r o t h e w o n l,
B e r l i n W.
Leipziger Strasse 7

B.G.L. *Fitting*
Betriebsgewerkschaftsleitung
des VEB Industriebau
Baustelle

Berlins. Aus Hennigsdorf treffen rund 6000 Stahlwerker ein, die durch den französischen Sektor – eskortiert von West-Berliner Polizei – ins Zentrum gezogen sind. Die Stimmung an diesem Mittwoch ist weit aggressiver als am Vortag.

Ein Augenzeuge schildert die Situation vor dem Regierungssitz: »30 bis 40 Volkspolizisten in Ledermänteln sperren die Wilhelmstraße ab. In der Prinz-Abrecht-Straße [die heutige Niederkirchner Straße, d. Verf.] aber sind die dort sonst vorhandenen Eisenschranken weggerissen, der Verkehr wagt frei an den Fenstern von Ministerpräsident Grotewohl vorüber. Über Ruinen komme ich in die Leipziger Straße, wo – vom Potsdamer Platz bis zur Friedrichstraße – ein Riesengewühl herrscht. (...) Mehrere Glieder Volkspolizisten, die sich gegenseitig am Koppel festhalten, haben den viereckigen Platz vor den Gebäudeeingängen umstellt. (...) dahinter sind drei grün gestrichene Panzerspähwagen mit drohenden MG-Läufen aufgefahren. Davor aber drängen sich die Massen. Ich komme gerade dazu, als ein Hagel von Steinen gegen die Regierungsfenster prasselt und fast alle Scheiben im Parterre und ersten Stock zertrümmert. Aus dem vergitterten Eingangstor in der Leipziger Straße sendet ein Wasserwerfer der Volkspolizei einen Strahl.«⁴ Vopos prügeln auf Demonstranten ein. Diese setzen sich mit Steinen zur Wehr. Die wütende Menge skandiert: »Freie Wahlen«, »Nieder mit der Regierung«.

Ein damals 20-jähriger Angehöriger der Kasernierten Volkspolizei ist am Morgen des 17. Juni zur Bewachung des DDR-Regierungssitzes eingeteilt. Später erinnert er sich an die Situation, als tausende Demonstranten auf die Postenkette zukamen. »Als ich merkte, dass die Leute ziemlich wild und entschlossen waren und auch sehr zornig waren, habe ich es natürlich mit der Angst zu tun bekommen. Vor allem als die ersten Steine fielen. Als die Lage immer

kritischer wurde, wurde auch geschossen. Da kam der Befehl, in die Luft zu schießen. (...) Es kam ein russischer Panzer. Da liefen die Leute dann weg, und wir haben sie bis zum Potsdamer Platz getrieben.«⁵

Ein Demonstrant schilderte wenige Stunden später den Polizei-Einsatz aus seiner Sicht einem RIAS-Reporter: »In der Leipziger Straße vor dem Ministerium, Ecke Wilhelmstraße, da stieg dann die Empörung noch aus dem Grunde, weil dort ... Volkspolizei sich ansammelte. Die kamen mit Autos, wurden ausgeladen und haben die Straße quer 'rüber abgesperrt. Erst in einer Reihe, dann nachher zwei und drei Reihen. Und da wir ja nicht die ganzen hinten so schnell informieren konnten, ... haben wir den Druck nicht aufhalten können und mußten natürlich die Polizisten zurückdrängen. Darauf hieß es dann eben ›Knüppel frei‹, und die Polizisten schlugen auf Frauen, Kinder, auf die Bauarbeiter ein. Daraufhin haben wir ... uns so weit wie's möglich ging gewehrt und haben mit den Fäusten da zugehauen, ... und es wurden jedenfalls etliche schwer verletzt, und mir selbst ist der Arm etwas lahmgeschlagen worden. Ein Kollege, der läßt sich gerade verbinden, der kann jetzt hier nicht mitsprechen ...« Frage des Reporters: »Haben Sie auch beobachtet, daß Volkspolizisten sich mit den Demonstranten solidarisch erklärt haben oder sich demonstrativ zurückhielten?«

»Ja, ja, das fiel mir sehr auf. Verschiedene Volkspolizisten zögerten eben, als das Kommando kam ›Knüppel frei‹, zuzuschlagen. Sie haben wohl einmal den Knüppel hochgehoben und – um eben das Kommando auszuführen – wohl zugeschlagen, und daraufhin hielten sie sich zurück.«⁶

Berlin-Karlshorst

Wie schon am Vortag wird vor dem Haus der Ministerien lautstark nach Ulbricht ver-

langt. Die Demonstranten wollen ihm persönlich sagen, was sie von seinem Sozialismus halten. Doch Ulbricht ist für das Volk nicht zu sprechen. Während Tausende am Vormittag des 17. Juni den Regierungssitz belagern und den Rücktritt der Regierung fordern, sitzt ein niedergedrückter SED-Generalsekretär mit Regierungschef Grotewohl, Staatssicherheitsminister Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt, dem Chefredakteur der Parteizeitung »Neues Deutschland«, in der Dienstvilla des sowjetischen Hochkommissars in Berlin-Karlshorst. Dort versuchen SED-Führung und Sowjets ein Bild von der Lage zu gewinnen und beraten über Gegenmaßnahmen. Wladimir Semjonow, als Hoher Kommissar mächtigster Vertreter Moskaus in der DDR, steht in ständiger Telefonverbindung mit dem Kreml. Nach einem dieser Gespräche kommt er zurück und sagt wie nebenbei zu einem Offizier, aber laut genug, dass alle es hören können: »Der RIAS gibt durch, daß es in der DDR keine Regierung mehr gibt.« Und mit einem ironischen Seitenblick auf den schweigsamen Ulbricht fügt Semjonow hinzu: »Na, fast stimmt es doch.«⁷

Einige Minuten später telefoniert Ulbricht aus Karlshorst mit Karl Schirdewan, einem hohen SED-Funktionär, der ihm die Lage vor dem ZK-Gebäude schildert: Menschenmassen vor dem Regierungssitz – Sprechchöre »Nieder mit der Regierung!« – zurückweichende Volkspolizei. Als Ulbricht das hört, wendet er sich ab und sagt nur ein einziges Wort: »Aus.«⁸

Inzwischen herrscht fast überall in der DDR Aufruhr. Mehr als 450 000 Arbeiter und Angestellte in rund 600 Betrieben befinden sich im Streik. Westliche Radiosender, vor allem NWDR und RIAS, haben die Nachricht von den Ost-Berliner Demonstrationen vom 16. Juni in der gesamten DDR verbreitet. Nun sind hunderttausende DDR-Bürger in mehr als 550 Städten und Gemeinden auf

den Straßen und fordern nicht mehr nur Normensenkung und höhere Löhne, sondern den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen. Die Herrschaft der SED beginnt zu wanken.

Zum Beispiel in **Rathenow/Brandenburg**. Von dort erreicht Grotewohl um 9.45 Uhr eine Alarm-Meldung: »Die Stadt ... befindet sich in Aufruhr. Die Menschen demonstrieren unter den Losungen ›Weg mit der Regierung‹, ... ›Freie Wahlen‹, ›40%ige Preissenkungen‹ ... Der Protestdemonstration ... haben sich kleine Teile der Volkspolizei ... angeschlossen.«⁹ Wenn sich schon Volkspolizisten an den Unruhen beteiligen und zu den Demonstranten überlaufen, ist das nicht tatsächlich das Ende der SED-Herrschaft?

Von den Optischen Werken Rathenow zieht die Belegschaft in Richtung Innenstadt, um vor der Stadtverwaltung zu demonstrieren. Unterwegs schließen sich Arbeiter aus anderen Betrieben sowie Frauen und Jugendliche an. Ein Augenzeuge erinnert sich: »Es gab erschütternde Szenen. Frauen und alte Arbeiter weinten vor Freude. Immer wieder ertönten Sprechchöre ›Willst du ein echter Deutscher sein, reih dich ein!‹«¹⁰ Als einige SED-Funktionäre versuchen, die Arbeiter in den Werken zurückzuhalten, kommt es zu Prügeleien.

Vor dem Rathaus angekommen, ruft die Menge: »Wir wollen unseren Bürgermeister Szillat wiederhaben!« Gemeint ist der Sozialdemokrat Paul Szillat, der nach 1945 schon einmal Oberbürgermeister war, bevor er als Gegner des stalinistischen SED-Kurses 1950 verhaftet und in einem Schauprozess wegen »Wirtschaftsverbrechen« verurteilt wurde.

Gegen Mittag findet auf dem zentralen Platz von Rathenow eine Kundgebung statt, an der annähernd 20 000 Menschen teilnehmen. Unter dem Jubel der Menge ergreift der stadtbekannt Sozialdemokrat Karl Renziehausen das Wort. Er bekennt sich zu den Forderungen der Berliner Arbeiter –

Normensenkung, Rücktritt der Regierung, freie Wahlen – und ruft die Arbeiter dazu auf, ihren Streik fortzusetzen. Zum Abschluss der Kundgebung singen die Menschen »Brüder, zur Sonne, zur Freiheit.« Dann kehren die meisten in ihre Betriebe zurück.¹¹

In **Halle an der Saale** drängt sich gegen Mittag eine wütende Menge vor dem Gefängnis in der Kleinen Steinstraße. Lautstark fordert sie die Freilassung der Häftlinge. Ständig kommen weitere Demonstranten hinzu, die auf der Suche nach Brennpunkten der Unruhen kreuz und quer durch die Innenstadt ziehen. Im Gefängnis liegen Wachpersonal und Kasernierte Volkspolizei (KVP) in Deckung, Karabiner im Anschlag. Plötzlich ist das schwere Tor aufgebrochen und die Menschen stürmen über den Gefängnishof in den Zellentrakt. Vom Dach herunter fallen Schüsse, doch die Übermacht der Demonstranten hat binnen Minuten das Gefängnis in ihrer Gewalt. Sämtliche Häftlinge werden befreit, wobei keiner mehr einen Unterschied macht, ob sie wegen politischer oder krimineller Delikte einsitzen.

Das Zentrum der Ereignisse hat sich in Halle unterdessen auf den Altstädter Hallmarkt verlagert, wo um 13 Uhr über 35 000 Menschen den »Sturz der Regierung«, »Wegfall der Zonengrenze« und »Zulassung aller Parteien in Deutschland« fordern.¹² Es wird ein »Initiativ-Komitee« gebildet, das die weiteren Schritte der Demonstranten koordinieren soll.

Die Lage in der DDR wird immer dramatischer. Aus Streiks und Demonstrationen entwickelt sich vielerorts ein regelrechter Aufstand. Es fallen Schüsse. Zum Beispiel in **Magdeburg**, wo gegen Mittag das Zuchthaus Sudenburg von einer 1000-köpfigen Menschenmenge belagert ist. Hinter den schmutzig-roten Mauern haben sich einige Dutzend KVP-Leute verschanzt. Es gelingt

den Demonstranten, das Haupttor aufzudrücken und in den Gefängnishof vorzudringen. Sofort schießt die KVP gezielt in die Menge. Mehrere Demonstranten werden tödlich getroffen. Mit erbeuteten Gewehren erwidern die Aufständische nun das Feuer. Es kommt zu einem Gefecht um das Zuchthaus Magdeburg, bei dem auch zwei KVP-Angehörige und ein Stasi-Mitarbeiter getötet werden. Die Übermacht von KVP und Volkspolizei ist zu groß, so dass in Sudenburg der Angriff zurückgeschlagen wird.

Doch insgesamt ist auch in Magdeburg die Lage am Mittag des 17. Juni 1953 längst nicht mehr unter Kontrolle der Staatsmacht. So haben die Demonstranten, während sie am Zuchthaus eine blutige Niederlage erleiden, an anderen Stellen der Stadt zahlreiche öffentliche Gebäude, darunter die SED-Bezirksleitung und das Fernmeldeamt, in ihre Gewalt gebracht.¹³

Auch zahlreiche Dörfer werden am 17. Juni von den Unruhen erfasst. Zum Beispiel **Zodel**, ein 1100-Seelen-Dorf im Bezirk Dresden. Wie überall auf dem Land ist dort die Stimmung durch erhöhtes Abgabensoll, die massive Propaganda für die LPG und Druck auf die »Großbauern« seit Monaten aufgeheizt. Vor allem die Groß- und Mittelbauern leben in ständiger Furcht, wegen irgendwelcher »Wirtschaftsverbrechen« – vor allem Nichterfüllung des Abgabensolls – ins Gefängnis zu wandern.

Auf die ersten RIAS-Meldungen von den Ereignissen in Berlin macht sich auch in Zodel der aufgestaute Unmut Luft. Am frühen Nachmittag ziehen mehrere Dutzend Einwohner durch den Ort und verlangen in Sprechchören die Herabsetzung des Abgabensolls. Auch politische Forderungen werden gestellt, darunter die »Beseitigung der SED« und der Wiederschluss Schlesiens an Deutschland. Man zwingt einige SED-Funktionäre zum Mitmarschieren, darunter Bürgermeister und LPG-Vorsit-

zenden, und setzt sie dem Hohn und Spott der Dorfbewohner aus. Vereinzelt kommt es zu Handgreiflichkeiten zwischen Protestierenden und SED-Funktionären. Nicht nur die Arbeiter, auch zahlreiche Bauern stellen sich am 17. Juni 1953 gegen den »Arbeiter- und Bauernstaat«.

Insgesamt sind in den Mittagsstunden dieses 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und der DDR mehr als 1 Million Menschen auf den Straßen. Sie fordern den Rücktritt der Regierung, freie Wahlen, die Freilassung politischer Häftlinge. Der Aufruhr hat inzwischen über 150 von 217 Stadt- und Landkreisen erfasst.¹⁴

Walter Ulbricht, der währenddessen bei den »sowjetischen Freunden« in Berlin-Karlshorst sitzt – meist finster vor sich hinbrütend –, hat allen Grund, an seiner politischen Zukunft zu zweifeln.

Staatstrauer. Woroschilow, Berija und Malenkow (v.l.n.r.) halten am Sarg des am 5. März 1953 verstorbenen Stalin Ehrenwache. Bald darauf versucht Berija den Griff nach der Alleinherrschaft.

Moskau

In Moskau hat man in diesen Tagen eigentlich ganz andere Sorgen, als sich mit den Problemen in der DDR zu beschäftigen. Seit dem Tod von Generalissimus Josef Stalin am 5. März 1953 tobt im Kreml ein erbitterter Kampf um die Macht. Formal hat zwar ein kollektives Führungsgremium mit Georgij M. Malenkow, Wjatscheslaw M. Molotow und Lawrentij P. Berija das Ruder übernommen, doch bereitet Berija, der allseits gefürchtete Innenminister, hinter den Kulissen die alleinige Machtübernahme vor. Seine Kontrahenten sind vor allem Nikita S. Chruschtschow, Nikolai A. Bulganin und Malenkow. Auch sie sammeln Verbündete, um einem innerparteilichen Putsch Berijas zuvorzukommen. Die Flure und Hinterzimmer im Moskauer ZK-Gebäude sind erfüllt vom Flüstern der Verschwörergruppen. Vorsichtige Blicke über die Schultern: Wem kann man vertrauen? Wer gehört zu uns, wer zu den anderen?



In seinen Erinnerungen beschreibt Chruschtschow einen kurzen Wortwechsel mit Malenkow: »Sehen Sie nicht, wohin das führt? Wir steuern auf eine Katastrophe zu. Berija wetzt schon die Messer!« Malenkow antwortete: »Ja, aber was können wir machen?« Chruschtschow: »Jetzt ist es soweit, daß man sich widersetzen muß.«¹⁵

Ausgerechnet in diesen Tagen, da sich im Kreml der erbitterte Kampf um die Stalin-Nachfolge zuspitzt, häufen sich die Hiobsbotschaften aus der DDR. Ohne es zu ahnen, werden somit die Demonstranten in der DDR zu einem wichtigen, womöglich mitentscheidenden Faktor in den Diadochenkämpfen von Moskau. Der Aufruhr in der DDR sollte von dieser Koinzidenz der Ereignisse nicht unberührt bleiben.

In den westlichen Hauptstädten ist man im Juni 1953 eher auf Entspannung eingestimmt. So stehen im Korea-Krieg, seit 1950 ein »heißer« Schauplatz des Kalten Krieges zwischen Ost und West, die Waffenstillstandsverhandlungen kurz vor dem Abschluss. Allerdings steuert der neue US-Präsident Dwight D. Eisenhower einen schärfere-

ren Kurs gegenüber Moskau als sein Vorgänger Harry S. Truman. Wollte dieser den sowjetischen Einfluss lediglich »eindämmen« (containment), so haben Eisenhower und sein Außenminister John F. Dulles jetzt die Parole ausgegeben, den Kommunismus »zurückzudrängen« (Roll Back).

Ansonsten ist man in Washington intensiv damit befasst, die weitere politische und militärische Integration der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft voranzutreiben. Ein Projekt, das auch Bundeskanzler Konrad Adenauer sehr am rheinisch-konservativen Herzen liegt.

Der britische Premierminister Winston S. Churchill entwickelt unterdessen ganz eigene Vorstellungen von Entspannungspolitik. Nach dem Tod Stalins sieht er reale Chancen, den Kalten Krieg beizulegen und plädiert im Gegensatz zu Eisenhower dafür, die »Friedensinitiativen« der neuen Kreml-Führung ernst zu nehmen. Ein wiedervereinigtes und neutrales Deutschland konnte er sich dabei als »Preis« für ein Ende des Ost-West-Konfliktes durchaus vorstellen.